

IWH-Pressemitteilung 5/2015

Halle (Saale), den 23. Januar 2015

Mindestlohn von 8,50 Euro: Hohe Betroffenheit in arbeitsintensiven Branchen*

Knapp ein Viertel der Arbeitnehmer in Ostdeutschland hatte im Jahr 2013 einen Bruttostundenlohn von weniger als 8,50 Euro (vgl. Tabelle auf S. 2). Dies zeigen vom IWH erstmals für das Jahr 2013 durchgeführte Berechnungen auf Basis aktueller Befragungsergebnisse.¹ Damit liegt der Anteil der unter diesem Stundenlohn verdienenden Personen in etwa auf dem Vorjahreswert.² Besonders hoch ist dabei der Anteil in den arbeitsintensiven Branchen. Im Bereich Land- und Forstwirtschaft/Fischerei betrug dieser in Deutschland etwa ein Drittel; in Ostdeutschland war sogar fast die Hälfte aller Beschäftigten betroffen. Noch höher lag der Anteil im Gastgewerbe. In den Alten Bundesländern verdienten knapp die Hälfte der Arbeitnehmer und in den Neuen Bundesländern sogar etwa zwei Drittel weniger als 8,50 Euro je Stunde. Im Handel, der einen hohen Anteil an der Gesamtbeschäftigung hat, waren 41,5% im Osten und 18,3% im Westen betroffen. Deutlich geringer war der Anteil im – allerdings sehr heterogenen – Bereich öffentliche und private Dienstleister. Hier verdienten lediglich 10,3% der Arbeitnehmer weniger als den ab dem Jahr 2015 geltenden Mindestlohn. Der Anteil in Ostdeutschland war allerdings doppelt so hoch wie in Westdeutschland.

In den von der Einführung des Mindestlohns am stärksten betroffenen Branchen war im Jahr 2013 der Median-Bruttostundenlohn³ der Vollzeitbeschäftigten besonders niedrig. So verdiente beispielsweise die Hälfte der ostdeutschen Beschäftigten im Bereich Land- und Forstwirtschaft/Fischerei 8,87 Euro und weniger, im Gastgewerbe waren es 8,92 Euro und im Handel 10,96 Euro.

* Vgl. hierzu auch: *Arbeitskreis Konjunktur des IWH*: Konjunktur aktuell: Deutsche Konjunktur kommt langsam wieder in Schwung, *IWH-Pressemitteilung 33/2014, Langfassung*, 18.12.2014, 22 f.

¹ Vgl. SOEP (SOEP v30beta), <http://www.diw.de/soep>.

² Vgl. *Brautzsch, H.-U. et al.*: Ostdeutsche Wirtschaft: Kräftige Konjunktur im Jahr 2014, Rückstand gegenüber Westdeutschland verringert sich aber kaum mehr, in: *Konjunktur aktuell*, Jg. 2 (3) 2014, S. 124 (Kasten „Beschäftigungseffekte des Mindestlohns in Ostdeutschland“).

³ Der Medianlohn gibt den Stundenlohn an, bei dem genau die Hälfte der Beschäftigten weniger bzw. mehr verdient.

Sperrfrist:
23. Januar 2015,
12:30 Uhr

Pressekontakt:
Tobias Henning
Telefon:
+49 345 7753 720
E-Mail:
presse@iwh-halle.de

Ansprechpartner:
Hans-Ulrich Brautzsch
Telefon:
+49 345 7753 775
E-Mail:
brt@iwh-halle.de

Birgit Schultz
Telefon:
+49 345 7753 818
E-Mail:
bsc@iwh-halle.de

Politische Ressorts:
Bundesministerium für
Wirtschaft und Energie
(**BMWi**), Bundesministe-
rium für Arbeit und So-
ziales (**BMAS**), Bundes-
ministerium des Innern
(**BMI**), Wirtschafts-
ministerien der Neuen
Länder

**Wissenschaftliche
Schlagwörter:**
Mindestlohn, Arbeitsmarkt,
Medianlohn,
Branchenvergleich

Aktueller Bezug:
Einführung des gesetz-
lichen Mindestlohns zum
01.01.2015

**Institut für
Wirtschaftsforschung
Halle (IWH)**
Kleine Märkerstraße 8
D-06108 Halle (Saale)

Postfach 11 03 61,
D-06017 Halle (Saale)

Tel.: +49 345 7753 60
Fax: +49 345 7753 820
<http://www.iwh-halle.de>

Tabelle:

Anteil der abhängig Beschäftigten^a mit einem Bruttostundenlohn^b von bis zu 8,50 Euro an den abhängig Beschäftigten, Median-Bruttostundenlohn der Vollzeitbeschäftigten und Anzahl der Arbeitnehmer in Ost- und Westdeutschland^d, nach Wirtschaftsbereichen

Wirtschaftsbereich	Anteil Beschäftigte mit Stundenlohn unter 8,50 Euro ^c			Median-Bruttostundenlohn der Vollzeitbeschäftigten in Euro ^c			Arbeitnehmer (Inland) in 1 000 Personen ^d		
	2013			2013			2012		
	Ost	West	D	Ost	West	D	Ost	West	D
Land- und Forstwirtschaft, Fischerei	48,6	21,0	32,3	8,87	12,52	11,02	108	223	331
Produzierendes Gewerbe ohne Baugewerbe	20,0	6,4	8,5	11,48	17,00	15,69	954	6 610	7 564
Baugewerbe	20,2	6,8	9,9	11,82	14,42	14,14	380	1 594	1 974
Handel	41,5	18,3	23,2	10,96	12,69	12,12	646	4 503	5 149
Gastgewerbe	66,7	48,0	51,2	8,92	10,67	10,44	202	1 238	1 440
Verkehr; Nachrichtenübermittlung	22,9	8,1	11,4	13,09	15,58	15,00	381	2 573	2 954
Finanzierung, Vermietung, Unternehmensdienstleister	26,9	10,7	13,6	15,29	20,16	19,15	777	5 250	6 027
öffentliche und private Dienstleister	16,0	8,9	10,3	14,65	17,16	16,41	1 714	9 907	11 621
insgesamt	24,2	10,6	13,2	12,69	16,34	15,58	5 162	31 898	37 060

^a Arbeiter, Angestellte und Beamte (mit einem Stundenverdienst von mindestens zwei Euro), ohne Ein-Euro-Jobber, Personen in Werkstätten für behinderte Menschen, Auszubildende und Praktikanten. – ^b Quotient aus Bruttomonatsverdienst und vereinbarter Arbeitszeit pro Monat (inklusive bezahlte Überstunden). – ^c Westdeutschland mit Berlin-West; Ostdeutschland mit Berlin-Ost. – ^d Westdeutschland mit Berlin; Ostdeutschland ohne Berlin.

Quellen: SOEP (SOEP v30beta); Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder; Berechnungen des IWH.

Wissenschaftliche Ansprechpartner:

Hans-Ulrich Brautzsch

Tel.: +49 345 7753 775, E-Mail: ulrich.brautzsch@iwh-halle.de

Birgit Schultz

Tel.: +49 345 7753 818, E-Mail: birgit.schultz@iwh-halle.de

Pressekontakt:

Tobias Henning

Tel.: +49 345 7753 720, E-Mail: presse@iwh-halle.de

Das Institut für Wirtschaftsforschung Halle (IWH) erforscht Prozesse der Transformation von Institutionen und Märkten sowie die wirtschaftliche Integration in Europa. Diese Leitfragen werden aus der Perspektive der Makroökonomik, der Strukturpolitik und mit Blick auf die Rolle der Finanzsysteme bearbeitet. Das IWH liefert wissenschaftlich fundierte Beiträge zur aktuellen Wirtschaftspolitik. Dabei schlägt das IWH die Brücke von der Theorie zur Praxis mit dem Ziel, Wirtschaftspolitik empirisch zu fundieren. So ist das Institut Mitglied der Projektgruppe Gemeinschaftsdiagnose, die halbjährlich Gutachten zur Lage der Wirtschaft in der Welt und in Deutschland für die Bundesregierung erstellt, und Partner eines europäischen Forschungskonsortiums zur Untersuchung der ökonomischen Aufholprozesse in Mittel- und Osteuropa (7. Forschungsrahmenprogramm der EU).

Das IWH ist Mitglied der Leibniz-Gemeinschaft. Die Leibniz-Gemeinschaft verbindet 89 selbstständige Forschungseinrichtungen. Deren Ausrichtung reicht von den Natur-, Ingenieur- und Umweltwissenschaften über die Wirtschafts-, Sozial- und Raumwissenschaften bis zu den Geisteswissenschaften. Leibniz-Institute bearbeiten gesellschaftlich, ökonomisch und ökologisch relevante Fragestellungen. Aufgrund ihrer gesamtstaatlichen Bedeutung fördern Bund und Länder die Institute der Leibniz-Gemeinschaft gemeinsam. Weitere Informationen unter www.leibniz-gemeinschaft.de.